



12. Wahlkreis: Dresden 687 Mitglieder, 1 Delegierter.  
 13. Wahlkreis: Breslau, Chemnitz, Oßeln, Ehrenfriedersdorf, Eppendorf, Frankenberg i. S., Freiberg i. S., Görlitz, Großsch. Gartenstein, Harta, Ramenz i. S., Randersb. i. Schl., Leipzig, Leisnig, Liegnitz, Löbau, Lößnitz, Meerane, Meissen, Mügeln, Neuschau, Neugersdorf, Reusnitz i. Schl., Delitz, Oßlau, Vederan, Völsch, Pegen, Penig, Pirna, Plauen, Riesa, Rochlitz, Rochwein, Seiffenriedersdorf, Siebenbrunn, Stollberg i. S., Walzheim, Werdau-Crimmitschau, Witten, Wurzen, Zittau, Zwenkau und Zwickau. Zusammen 1788 Mitglieder, 3 Delegierte.  
 14. Wahlkreis: Erfurt 1032 Mitglieder, 2 Delegierte.  
 15. Wahlkreis: Weisensfeld 1144 Mitglieder, 2 Delegierte.  
 16. Wahlkreis: Burg b. M. 1452 Mitglieder, 2 Delegierte.  
 17. Wahlkreis: Altenburg, Apolda, Arnstadt, Artern, Calbe, Delitzsch, Dessau, Eisenach, Eisenberg, Gera, Goslar, Gotha, Halberstadt, Halle, Helmstedt, Hildburghausen, Ichtershausen, Jena, Kalle, Königsee, Ragdeburg, Müchhausen i. Sch., Naumburg, Nordhausen, Odruf, Oßersleben, Ronneburg, Sangerhausen, Schmälzlin S.-A., Stadtilm, Weida, Weimar, Zeitz, Zerbst, Zeulenroda und Zörbig zusammen 771 Mitglieder, 1 Delegierter.

## Disziplin und Spaltung.

Der Umstand, daß in der Reichstagsfraktion vom 21. Dezember v. J. bei der Abstimmung über die neuen Zehn-Milliarden-Kredite sich 20 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei von den Vertretern der augenblicklichen Mehrheit getrennt und die Kredite offen abgelehnt haben, findet naturgemäß auch in der Gewerkschaftspresse eine energische Erörterung. Diesen Auseinandersetzungen fehlt freilich leider die nötige Kaltblütigkeit und leider auch die nötige Unparteilichkeit und Unbefangenheit. Darüber, daß die Gewerkschaften an den Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei stark interessiert sind, braucht man kein Wort zu verlieren. Es fragt sich nur, ob der von einzelnen Gewerkschaftsführern vertretene Standpunkt sich auch immer mit den Interessen der Massen in den Gewerkschaften deckt. Die Frage ist z. B. sehr deutlich zu beantworten, ob für die Gewerkschaften nur ausschließlich die „Notwendigkeiten“ des Tages maßgebend sind, oder ob sie auch künftig die Wahrung der seit Jahrzehnten beobachteten grundsätzlichen Stellungnahme beibehalten wollen. Diesem Zweifel begegnen wir z. B. schon in Nr. 2 der „Lederarbeiter-Zeitung“, wo zugestanden wird: „Praktische Notwendigkeiten und prinzipielle Stellung zum kapitalistischen Staat liegen hier miteinander in Streit und bringen die größte aller politischen Parteien in eine nicht gerade rühmliche Situation.“ — Na also! Darauf kommt es eben in Wirklichkeit an! Und mit feuerfester Miene muß auch die „Buchhändler-Zeitung“ in Nr. 3 einer Einfindung Raum geben, in der es heißt: „Für die Arbeiterklasse hat die von ihr in langen Jahren kämpfend geschaffene Organisation, die politische sowohl als die gewerkschaftliche, nur dann auch weiterhin Zweck und Sinn, wenn sie ihr, wie bis zum 4. August 1914, als Waffe dienen im Kampfe zur Verwirklichung ihrer Klassenforderung, zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Herbeiführung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“

Wir meinen, diese alten politischen und wirtschaftlichen Ziele der Arbeiter dürften nicht so ganz beiseite gestellt werden, wie es in der Gewerkschaftspresse oft genug geschieht. Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, die der Arbeiterschaft im Frieden warten, werden eben die Wiederaufnahme der alten politischen Grundzüge und der alten politischen Energie erfordern. Das wird von weiten Kreisen der Arbeiterschaft schon jetzt eingesehen. Heißt es doch auch in dem bekannten Artikel „Aus dem Parteibüreau“ vom 20. Dezember: „Begrifflich, daß die Stimmung größerer Parteikreise sich kritischer gestalte und daß immer früher die Frage erörtert wurde, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion es künftighin noch verantworten könne, weitere Kredite zu bewilligen.“ Die Situation zur Abwehr von der alten Politik war also gegeben und noch deutlicher gezeigt durch die von Regierungs- und von bürgerlicher Seite geäußerten Kriegsziele, ferner durch die bekämpften Zustände der inneren Politik, und endlich durch die neuen Steuerpläne, die schon ihre Schatten voraus werfen. Dazu kommt, daß der Grenzschutz gegeben ist, wie es ja selbst der Reichstagsrat in seiner Rede am 21. Dezember feststellte. Und in der Scheidemann'schen Interpellationsrede vom 9. Dezember heißt es: „Das Ziel der Sicherung gegen den feindlichen Einbruch ist erreicht!“ (auch die „Lederarbeiter-Zeitung“ — siehe Nr. 2 — sollte nun endlich aufhören, den Arbeitern vorzureden, daß die Russen Deutschland heute noch mit Einfall bedrohen!) —

Aber der „Disziplinbruch“! Niemand in der Arbeiterschaft wird den Wert und die Notwendigkeit der Disziplin bestreiten. In dem Vorgehen der Zwanzig liegt kein die Arbeiterinteressen schädigender Disziplinbruch, denn es handelt sich nicht um ein notwendig gemeinsames Vorgehen gegen einen gemeinsamen Gegner. Das hätte Disziplin erfordert und erfordert sie auch künftig stets. Aber ein Disziplinbruch wie der der Zwanzig hätte sich ja leicht von anderer Seite schon am 4. August 1914 im Reichstag ereignen können. Es ist ja längst kein Geheimnis und täglich auch durch die sozialdemokratische Tagespresse („Berliner Arbeiterstimme“, „Bremer Bürgerzeitung“, „Braunschweiger Volksfreund“) bekannt geworden, daß 20

bis 30 sozialdemokratische Abgeordnete entschlossen waren, am 4. August 1914 im Reichstag offen für die Kriegskredite zu stimmen (also einen sogenannten Disziplinbruch zu begehen), wenn sich in der Fraktion die Mehrheit für die Ablehnung der Kredite entschieden hätte. Dieser Umstand kann den Regierern nicht oft und deutlich genug entgegen gehalten werden. — Wären wohl auch diese Defektanten so sehr als Parteipalster, Spaltplätze zc. beschimpft worden, wie es jetzt die Zwanzig ihrer Ueberzeugung wegen über sich ergehen lassen müssen? —

Diese vorläufige gelegentliche Spaltung in der Reichstagsfraktion bedeutet natürlich noch lange keine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei! Für eine Parteispaltung käme viel eher offenkundige Abkehr von politischen und wirtschaftlichen Grundzügen in Frage, eine Abkehr, wie sie unter dem Schutze des Belagerungszustandes von den Abgeordneten Kolb, Heine, David zc. zc. ganz ungeniert propagiert wird! Solche Mißachtung des feierlich bekundeten Willens der sozialdemokratischen Partei ist stärkster Disziplinbruch und offen betriebene Parteispaltung! In Bremen haben eine Anzahl Gewerkschafter und ihnen gestimmungsverwandte Genossen sogar gegen das offiziell anerkannte Parteiblatt ein eigenes Blatt herausgegeben. Diesem Treiben gegenüber beobachtet, wie wir sehen, auch der größte Teil der Gewerkschaftspresse größte Toleranz. Sind die Gewerkschaftsführer, die hier das Wort haben, auch diesen Vorgängen gegenüber ihrer Leser und Arbeitsgenossen sicher? Wir bezweifeln es. Der Friede wird auch hierin erst recht Aufklärung schaffen, — wenn nicht nur die Führer, sondern auch die Arbeitermassen das Wort haben und ihr Urteil sprechen können. —

## Aus dem Reichstage.

In der fortgesetzten Debatte über die Ernährungsfragen hielt unser Kollege Simon eine ausgezeichnete Rede, in der er namentlich den auf den verschiedensten Gebieten zum Nachteil der Bevölkerung getriebenen gewinnlosen und profitflüchtigen Wucher mit Einführung eines reichen Tarifmaterials kritisch beleuchtete und verurteilte. Hätte die Regierung die ihr von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften rechtzeitig gemachten Vorschläge befolgt, so wäre die Erbitterung im Volke über die Mißstände in der Nahrungsmittelversorgung nicht vorhanden. Enteignung, Preisfestsetzung und Verteilung hätten die Grundlagen bilden müssen für die Maßnahmen der Regierung. Sehr ernstlich mahnte er aber vor einer Erhöhung der Kartoffelpreise, die geradezu katastrophal wirken müßte, da die Kartoffeln jetzt das einzige Ernährungsmittel für große Volksteile geworden sind in Folge der für sie unerschwinglich hohen Preise für Fleisch und Gemüse. Sodann erinnerte Simon daran, daß er schon im Dezember 1915 die Regierung auf die ungerechtfertigten hohen Lederpreise hingewiesen. Auf dem Ledermarkt wurden Anfang des Krieges die reinsten Phantasiepreise bezahlt. Es machte sich eine wilde Spekulation geltend. Die Kriegsleder-A.G. machte in den ersten 9 Kriegsmontaten einen Umsatz von 1300 Millionen Mark. Rechnet man nur 300 Proz. Preissteigerung, so ergibt sich, daß das deutsche Volk in dieser Zeit allein für Leder 866 Millionen Mark zuziel bezahlte. Die Wunden vieler Lederfabriken sind ganz enorm gestiegen, von 4 auf 30 Prozent z. B. Die schließlich festgesetzten Höchstpreise für Leder sind noch viel zu hoch, sie stehen immer noch bis 200 bis 300 Prozent über den Friedenspreisen. Sie sollen ja nun weiter abgebaut werden. Auch auf dem Gerbstoffmarkt hat eine ungeheure Spekulation in einheimischen Gerbstoffen schon die Preise in erstaunliche Höhe getrieben. Es muß energig dafür gefordert werden, daß die Lage der Arbeiterbevölkerung nicht zu sehr verschlimmert werde. Daß die Lebensmittel in England noch teurer seien, kann uns hier nicht trösten. Wenn die reklamierten Rüstungsarbeiter Lohnzulagen beantragen, werden sie eingezogen. Gewerkschaftsbeamten wurde hierbei mit Verhaftung gedroht. (Hört, hört! b. d. S.) Mit dem guten Willen und guten Worten läßt sich nicht durchkommen. Das Volk erwartet nicht Entrüstung über den Aushungerungsstreik, sondern scharfes Vorgehen gegen die schamlosen Veteuerer. Täuschlich die Erwartung, so drohen unheilvolle Zustände! (Beifall b. d. S.)

Der Zentrumsabg. Marg äußerte sich in ähnlichem Sinn über die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung und auch der Fortschrittler Fischel, der namentlich auch die übermäßig-büchliche Art der Behandlung dieser wichtigen Fragen durch den Nationalliberalen Heidekamp zurückwies. Unterstaatssekretär Michalis verteidigte die Abgabe von 45 000 Tonnen (800 000 Zentner) Roggen an Fernbrennerien durch die Reichsgetreidestelle gegenüber der von Simon daran geübten Kritik, weil die als Rückland verbleibende Schlempe den Futtermittelwert des Roggens ungefähr wieder gibt.

Ueber die Lederverteuerung führte den kritischen Ausführungen Simons gegenüber General v. Howen aus, daß bezüglich der Lederpreise zwei Perioden zu unterscheiden sind. In der ersten war das oberste Gesetz, so rasch wie möglich unseren Heeresbedarf zu decken, an eine Preiswirtschaft konnte man da nicht denken. Das damalige Ziel, daß die Reinformationen rechtzeitig ins Feld kommen müßten, ist erreicht worden. Dann erst konnte man an eine Preisregulierung denken, während es vorher allein darauf ankam, die Industrie zur Höchstleistung zu veranlassen. In der

zweiten Periode kam es dann zunächst zu Höchstpreisen durch freie Vereinbarung der Industrie und schließlich zu Höchstpreisen. Diese sollen jetzt noch herabgesetzt werden und es sollen auch Höchstpreise für Gerbstoffe eingeführt werden. Damit ist wohl allen berechtigten Wünschen entsprochen.

Zwischen hinein kamen einige kleine Anfragen von Balfermann über die völkerrechtswidrige Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki, über die mit monatlicher Verpachtung den internierten deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich zugestellten Postsendungen, worauf der Gefandte Freiherr von Mumm und Oberst Friedrich antworteten. Ersterer konstatierte, daß die griechische Regierung gegen die Verletzung ihrer Souveränität bei den französischen und englischen Regierungen protestiert hat und der andere Regierungsvertreter teilte mit, daß nun auch in Deutschland die gleichen Maßnahmen gegenüber den gefangenen Franzosen getroffen sind.

Sodann wurde die Debatte über die Ernährungsfragen wieder aufgenommen und nach einigen bürgerlichen Reden geschlossen. In der Abstimmung wurden sämtliche Resolutionen des Haushaltsausschusses angenommen, gegen die Resolution, die eine Herabsetzung der Höchstpreise für Verbrauchszucker verlangt, stimmten die Konservativen. Die Resolution der Sozialdemokraten, daß der Käufer bei Ueberstreichung der Höchstpreise straflos bleiben soll, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt, ebenso auch die sozialdemokratische Resolution, die keine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln verlangt, ferner die, welche die Höchstpreise für den Verkauf von Vieh ab Still und Schlachthofmarkt abzulösen verlangt und die Resolution auf Einführung einer Fleischkarte, die den Verbrauch regelt. Angenommen wurde die sozialdemokratische Resolution, zu erwägen, in welcher Weise am zweckmäßigsten den Gemeinden die Zufuhr des unbedingt notwendigen Schmalzes durch Beschlagnahme gesichert werden kann und dann diese Sicherung sofort durchzuführen.

Nun folgte die Beratung der Resolutionen betreffend die Unterstützungsfragen, die weitgehende Berücksichtigung der zu Genossenschaften und Versicherungsverbänden vereinigten selbständigen Handwerker bei Vergütung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen, auf Vorbereitung weiterer Maßnahmen zur Schaffung von Realcredit für den Klein-gewerbetreibenden; ferner auf möglichst schnelle Zahlungen ohne Abzug bei Aufträgen der Militärverwaltungen, ferner auf Hinzuziehung von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen der Textilarbeiter in die zum Zweck der Durchführung der zugunsten notleidender Textilarbeiter beschlossene Unterstützungsaktion eingesehten Ausschüsse; in einer weiteren Resolution wird die Regierung ersucht, zu bestimmen, daß Unterstützung, die infolge von Arbeitslosigkeit bezogen wurden, nicht als Armenunterstützung gelten; ferner eine Resolution, wonach das Reichsamt des Innern auf Ersuchen die Vermittelung zwischen Unternehmern und Arbeitern übernimmt, wenn in Betrieben, die für den Heeresbedarf arbeiten, über Lohn und Arbeitsbedingungen Streit besteht. Zwei weitere Resolutionen betreffen die Entschädigung von Kriegsschäden. Als Material sollen überwiesen werden ein Antrag auf Erlass eines Verbotes von Ausverkäufen jeglicher Art von Wolle- und Baumwollwaren, sowie ein Antrag zur Behebung der durch die bisherigen Verdünnungen in der Behandlung von Anträgen eingetretenen Schädigungen die Verteilung zur Förderung der Tätigkeit von Industrie und Handel im Reichsamt des Innern schwebt derart auszubauen, daß eine kaufmännisch durchgreifende und möglichst schnelle Entscheidung der vorliegenden Aufgaben gewährleistet wird.

Genosse Mollenhuth verbreitete sich über den Rückgang der Geburten und die Sterblichkeit der Säuglinge, wogegen durch Hilfe für die schwangeren Frauen sowie die Erhöhung des Wochen- und Stillgeldes der Wöchnerinnen wirksam entgegengewirkt werden soll. Im Interesse der Kinder sollte man jedem Invaliden einen Kinderzuschuß bewilligen. Die Pensionen sind sehr niedrig und in den Familien mit vielen Kindern wird Not und Elend eintreten und manche Kinder werden an den Entehrungen zugrunde gehen. Auch nach dem Tode der Invaliden sollte man nicht so schnell mit den Kürzungen vorgehen. In der Richtung der Erhaltung der Kinder kann auch bei der Arbeiterversicherung mehr gesehen. Bei den Beratungen der Reichsversicherungsausschüsse behauptete man, es könnten nicht höhere Leistungen gewährt werden, und die meisten Mitglieder des Hauses begnügen sich, wenn die vorgelegten komplizierten Rechnungen stimmten. Wie man aber oft vorbeigeredet hat, dafür nur ein trasses Beispiel aus der Seeunfallversicherung. Man rechnete heraus, daß man bei 37 000 Versicherungen im Jahre 1913 bereits 6042 Seemannswitwen haben werde. Tatsächlich ist ein erheblicher Aufschwung bei den Versicherungen eingetreten, sie stiegen bis über 89 000. Witwen waren aber nur 1415 vorhanden, statt 163 pro Mille nur 16. Auf Grund solcher Berechnungen sind die Witwen- und Waisenrenten so außerordentlich niedrig gehalten. Man rechnete mit 800 000 Waisen. Infolge des Krieges und des dadurch bedingten starken Geburtenrückgangs werden wir im Jahre 1921 kaum den dritten Teil haben, aber auch nach Erreichung des Beharrungszustandes, im Jahre 1928 wird es sich nur um 5—600 000 Waisen handeln. Es sollte daher rechtzeitig ins Auge gefaßt werden, für die Waisen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf dem Gebiet der Kinderpflege müßte ebenfalls mehr gesehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine weitberzige und ausreichende Fürsorge verlangte der Redner auch für die Kriegesbeschädigten und solche Vaterlandsverteidiger, die dabei ihre Gesundheit verloren haben.





Arbeiter-Wohnungen	5 000 000	—
Invaliden-Stiftung	3 000 000	—
Kriegsgrüdlage	19 000 000	—
Krupp-Stiftung	20 000 000	—
Schmarren-Förderung	3 700 000	—
Gewinnvortrag	10 000 000	9 385 347

Neben 7,3 Mill. Mark für Rücklagen, 5 Mill. Mark für Sonderabschreibungen und 10 Mill. Mark Kriegsgrüdlagen wendet die Firma etwa 36 Mill. Mark für Wohlfahrtszwecke auf. Welchem sozialen Zweck Pensionen, Arbeiterwohnungen und Invalidenstiftung dienen, braucht hier nicht näher erläutert zu werden, das ist in früheren Jahren nur Geringes erörtert worden. Die neue Krupp-Stiftung von 20 Mill. Mark soll insbesondere zugunsten von kinderreichen Familien gefällener oder schwer beschädigter Krieger dienen. Mit dieser Zweckbestimmung wird die Stiftung wahrscheinlich besonders frommen Gemütern Befriedigung bereiten nach den Worten: „Wer Wunden schlägt, heilt sie auch wieder.“ Der Gewinnvortrag von 10 Mill. Mark soll vielleicht für die angelegentlichste Kriegsgewinnansteuer Verwendung finden; für diesen Zweck würde er allerdings unzulänglich sein, da die 50 Prozent des in einem Kriegsgeschäftsjahre erzielten Nettogewinnes betragen soll und somit rund 30 Mill. Mark betragen würde. Es mag gleich hier beigefügt sein, daß die Kriegsgewinne in Deutschland bis vor einiger Zeit schon 6 1/2 Milliarden Mark betragen haben sollen, also erheblich mehr, als die 1871 von Frankreich an Deutschland bezahlte Kriegsentschädigung betragen hat. So hat der Finanzpolitiker Justizrat Damberger festgestellt.

Auch andern Aktien-Unternehmungen der Metall- und Maschinenindustrie haben bisher während der Kriegszeit gut abgegangen. So verteilten die Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs & Auffermann in Boyenburg an ihre Aktionäre eine Dividende von 10 Prozent (im Vorjahr 15 Prozent); die Wittener Gußstahlwerke A.-G. in Witten a. Ruhr 18 Prozent aus einem Gewinn von 4 119 450 Mk. (1922 200 Mk.). Es wurden geradezu überreichliche Abschreibungen vorgenommen, ohne die eine weit höhere Dividende hätte verteilt werden können. 20 Prozent (4 Prozent) Dividenden verteilten die Viktoriawerke Altraberg (Fahrräder und Kriegsmaterial) aus einem Gewinn von 1 370 000 Mk. (210 166 Mk.). Die Maschinenfabrik Hasenclöver A.-G. in Düsseldorf erhöhte ihre Dividenden von 15 auf 25 Prozent entsprechend der Steigerung des Gewinnes von 1,29 auf 1,49 Mill. Mark; die Dresdener Dynamitfabrik von 20 auf 24 Prozent; die Berliner Maschinenfabrik A.-G. vorm. Schwarzkopf von 16 auf 18 Prozent bei 4,14 gegen 3,61 Mill. Mark Gewinn; die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke von 6 auf 12 Prozent bei Erhöhung des Gewinns von 1 217 919 Mark auf 2 291 332 Mk.; die Berliner Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft von 10 auf 11 Prozent und von 18 992 641 Mark auf 21 293 115 Mk.; die Schrauben- und Mutterfabrik vorm. Rhein & Söhne A.-G. in Berlin von 8 auf 12 Prozent; Kalker Maschinenfabrik von 8 auf 10 Prozent; Lauchhammer A.-G., Eisenwerk, von 6 auf 10 Prozent und von 3,98 auf 5,21 Mill. Mark Gewinn; Maschinenfabrik Humboldt Berlin von 6 auf 7 Prozent und von 3,56 auf 6,17 Mill. Mark; Alweilener Emaille- und Metallwerke von 8 auf 10 Prozent; A.-G. Panzerkassen, Fahrrad- und Maschinenfabriken in Dresden von 6 auf 12 Prozent; Serbed Schiffswerft, Maschinenfabrik und Erodendock in Geseffmünde-Bremersleben von 0 auf 8 Prozent; Unterwerke in Bielefeld von 0 auf 10 Prozent und von 278 950 Mark auf 343 500 Mk.

Auch in anderen Industrien blüht Plusus Segen. So erzielte die Schultze-Brauerei in Berlin einen Bruttoertrag von 22,69 Mill. Mark und erhielten die Aktionäre eine Dividende von 16 gegen 12 Prozent. Die A.-G. Löwenbrauerei „Bürgerbräu“ in Ludwigsbafen verteilte zwar „nur“ 10 Prozent Dividenden, aber sie präsentierte gleichzeitig jedem Aktionär eine neue Aktie im Werte von 1000 Mk., so daß er eigentlich eine Dividende von 11 Prozent erhielt. So lassen sich die teuren Zeiten schon einigermaßen erfolgreich überwinden. Die Berliner Rindl-Brauerei erhöhte ihre Dividende für die Stammaktien von 14 auf 18 Prozent, für die Vorzugsaktien von 16 auf 20 Prozent. Bei der Ersten Berliner Malzfabrik A.-G. stieg der Bruttoertrag von 223 200 auf 300 000 Mk., der Nettogewinn von 110 700 auf 117 100 Mk. Die Dividende wird von 5 auf 9 Prozent erhöht. Die A.-G. Schwabenbräu in Düsseldorf bringt die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent (gegen 7 Prozent i. V.) in Vorjahr und bemerkt dazu im Geschäftsbericht: „Da die im vorigen Geschäftsbericht geäußerte Befürchtung, daß mit einem starken Absatzrückgang zu rechnen sei, nicht eingetroffen, der Absatz im Gegenteil um mehrere Tausend Hektoliter gestiegen ist, außerdem die Geschäftslage nicht mehr so ungelöst erscheint wie im Vorjahre, konnte die Erhöhung der Dividende um 1 Prozent vorgeschlagen werden.“ Die Brauerei Pfefferberg vorm. Schneider & Hillig A.-G. in Berlin erhöht ihre Dividende von 8 auf 9 Prozent. Die Aktienbrauerei Nierzig erhöht ihre Dividende von 6 auf 7 Prozent. Die Brauerei Kusterlein A.-G. zahlt 6 Prozent Dividende gegen 5 Prozent i. V. Die Viktoria-Brauerei A.-G. Berlin-Stralau erhöht die Dividende von 3 auf 6 Prozent. Die Brauerei Ernst Engelhardt, Nachf. A.-G. wird ihre Dividende von 10 auf 18 Prozent erhöhen; außerdem sind noch erhebliche Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen. Die Aktienbrauerei Friedrichshöhe vorm. Pagenbuser erhöht ihre Dividende von 11 auf 14 Prozent. Die Rastenburg Brauerei A.-G. in Rastenburg, Ostpreußen, konnte infolge günstiger Witterung, während der Sommermonate und infolge Lieferungen für die Mittelländlichen

und Truppenteile sowie durch große Kriegseinquartierung von Rastenburg und Umgegend den Absatz gegen das Vorjahr steigern, und zwar durch Herausgabe von Malz aus dem Vorrat in genügender Menge. Sollen dem Reingewinn von 98 763 Mk. (i. V. 30 647 Mk.) folgen 8 Prozent Dividende (4 Prozent) auf die Stammaktien verteilt werden. Das Hofbrauhaus Koburg verteilt wie im Vorjahre 15 Prozent Dividende.

Die Brauereivereinigung in Kassel wollte die Bierpreise um 5 Mk. pro Hektoliter erhöhen, um ihre kleinen Gewinne noch etwas zu erhöhen, aber das hartherzige Generalkommando verbot die weitere Bierverteilung. Dossentill müssen deswegen die Bieraktionäre nicht verhungern, sie würden uns sehr leid tun.

Einigermaßen sind auch die Zuckeraktionäre auf einen mäßigen Gewinn gekommen. So verteilte die Zuckerfabrik Frankenthal eine Dividende von 30 Prozent gegen 25 Prozent im Vorjahr; Zuckerraffinerie Tangermünde 25 Prozent gegen 15 Prozent bei 3,13 gegen 2,13 Mill. Mark Gewinn; Zuckerraffinerie A.-G. in Hamburg 25 Prozent gegen 0 Prozent und 1 140 000 Mk. gegen nur 16 610 Mk. Gewinn; Zuckerfabrik Frankfurt A.-G. 20 Prozent gegen 14 Prozent und 529 529 Mk. gegen 351 516 Mk.; Zuckerraffinerie Braunschweig 20 Prozent gegen 10 Prozent; Rhein. L. Verein für Zuckerraffination 20 Prozent gegen 7 Prozent und 1 569 000 Mk. gegen 775 000 Mk. Der angenehme Verein hat bei 6 Mill. Mark Aktienkapital ein Bankguthaben von 7 1/2 Mill. Mark. Die Schollen Stärke- und Sirupfabriken in Brandenburg verteilten 20 Prozent gegen nur 15 Prozent aus einem Gewinn von 755 094 Mk. gegen 417 857 Mk. Auch diese Gesellschaft hat bei 1 200 000 Mk. Aktienkapital ein Bankguthaben von 1 426 552 Mk. Die Struße-Zuckerfabrik A.-G. in Frankfurt a. O. verteilte 20 Prozent Dividende wie im Vorjahr und stellte 1/2 Mill. Mark als „Spezialreserve“ zurück.

In der Mühlenindustrie blühte der Weizen ebenfalls. Die Frankfurter Dampfmühle A.-G. in Frankfurt a. M. verzeichnete für 1914/15 einen Reingewinn von 411 000 Mk. gegen 175 000 im Vorjahr und verteilt 10 Prozent Dividende (im Vorjahr 7 Prozent). Sie hat wie die meisten Mühlen im Kriegsjahre reichliche Gewinne erzielt. Wie enorm diese zum Teil waren, läßt sich aus einem Vergleich der für das letzte Geschäftsjahr und das vorangegangene verteilten Dividenden folgender Gesellschaften entnehmen: Würzener Rumpfmühle und Distrikfabriken A.-G. vorm. Kriess in Würzen 18 gegen 7 Prozent, Herrenmühle C. Benz A.-G. Heilberg 8 gegen 4 Prozent, Bremer Rolandmühle 17 gegen 11 Prozent, Rheinmühlenerlei Mannheim 12 gegen 6 Prozent, Berliner Dampfmühlens 8 gegen 0 Prozent, A.-G. der Ebnberger Mühle, Niederlathausen 10 gegen 0 Prozent, Königsberger Walzmühle 12 gegen 0 Prozent, Vereinigte Leob- schüler Mühlenwerke 20 gegen 7 Prozent, Mühlendampf- mühlenwerke, Halle 17 gegen 9 Prozent, Berliner Victoria- mühle 8 gegen 0 Prozent, Humboldtmühlen A.-G., Berlin 10 gegen 6 Prozent, Johannismühlen A.-G., Rosenthal & Co. 12 gegen 6 Prozent, Hermannsmühlen A.-G., Posen 18 gegen 9 Prozent, Wittener Walzmühlen A.-G., Witten und Duisburg 8 gegen 4 Prozent, Harburger Mühlen- betrieb, Harburg a. E. 25 gegen 15 Prozent, S. W. Lange & Co., Altona 25 gegen 13, Rumpfmühle Rind A.-G., Cobramstein 8 gegen 5 Prozent, Bremervörder Mühlen- werke A.-G. vorm. Hermann Hagenah 10 gegen 6 Prozent, Flensburger Walzmühle 15 gegen 10 Prozent, Rathenower Dampfmühlen A.-G. 16 gegen 5 Prozent, Bernburger Saalmühlen A.-G. 20 gegen 4 Prozent, Gerde & Deppen, Hansamühle A.-G., Bremen 10 gegen 5 Prozent. Diese Dividenden-Erhöhungen zugunsten der Aktionäre, Direktoren und Aufsichtsräte wurden leider auf Kosten der Allgemeinheit, der Brot konsumierenden Bevölkerung erzielt. Die Kriegsgewinn-Steuer wird dafür zu sorgen haben, daß aus den Mehlenergebnissen ein nicht zu knapper Teil dem Staate zufließt.

Erfreulicherweise konnten auch in andern Ländern die Unternehmer und Aktionäre auf den ihnen gebührenden Entlohnungslohn. So erzielte die österreichische Waffenfabrik in der Stadt Steyr einen Gewinn von 9,4 gegen 5,01 Mill. Kronen und die Aktionäre erhielten 25 gegen 19 Prozent Dividenden im Vorjahr; die Prager Eisenindustrie- gesellschaft 9 397 933 Kr. gegen 3 255 048 Kr. und 24 gegen 8 Prozent Dividenden.

Und so weiter. Unsere Lesern wird beim Studium dieser Millionen-Kriegsgewinne das Wasser im Munde und der Gedantengang im Gehirn zusammenlaufen und zu eigenen Betrachtungen führen. Und so können wir uns auch den Kommentar ersparen.

## Was soll werden?

Für den denkenden Sozialisten unterliegt es keinem Zweifel, daß der Krieg aus dem riesigen Wachstum der modernen Produktivkräfte entstanden ist, aber vielmehr aus der Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft die modernen Produktivkräfte nicht mehr zu meistern vermag, daß sie ihr über den Kopf gewachsen sind. Aber dieser etwas allgemeine und unbestimmte Satz muß in genaueres und verständlicheres Deutsch übertragen werden.

Seit unendlichen Zeiten ist es die Zunahme der Volkszahl gewesen, welche die Menschen zwang, unabhängig auf Mittel und Wege zu sinnen, um die Produktivkraft ihrer Arbeit zu steigern, denn die wachsenden Massen mußten ernährt, ihre mannigfaltigen Bedürfnisse müssen befriedigt werden. Aber die wachsende Menschenzahl lieferte auch die Möglichkeit des ökonomischen Fortschritts;

denn das Geheimnis gesteigerter Produktivkraft besteht letzten Endes nur in der gemeinsamen und planmäßigen Arbeit: mehrere Menschen, die sich planmäßig in die Hände arbeiten, schaffen mehr, als die gleiche Anzahl, wenn jeder für sich allein bleibt. Je größer die Zahl der zusammenarbeitenden und je planmäßiger ihr Zusammenarbeiten, desto produktiver ihre Arbeit. Diese Tatsache muß man fest im Auge behalten, wenn man den Sozialismus und seine Forderungen verstehen will.

Seit Ausgang des Mittelalters, also seit rund 400 Jahren, ist die Steigerung der Produktivkräfte auf kapitalistischem Wege erfolgt. Das Kapital war es, das die Arbeiter in größerer Zahl versammelte, ihnen Werkzeuge und Rohstoffe usw. in größeren Mengen lieferte, ihr Zusammenarbeiten planmäßig und immer noch planmäßiger gefastete und dadurch nicht nur die Masse der erzielten Produkte (als Niesensäfte vermehrte, sondern den dazu erforderlichen Arbeitsaufwand noch verminderte.

In der ersten Periode des Kapitalismus — die man in England bis 1800, in Deutschland bis gegen 1870 rechnen muß — wurde so die Leistung der vorhandenen Arbeiter immer höher getrieben. Als dann die Dampfmaschine zu Hilfe kam und nach Herstellung großer zusammenhängender Wirtschaftgebiete der Großkapitalismus sich entwickelte, stellte er alles bis dahin Erreichte in den Schatten. Er „setzte Arbeiter frei“, machte sie „überflüssig“ und erzeugte so die Massen-Arbeitslosigkeit und die Krisen, worunter die zivilisierte Menschheit seit 100 Jahren leidet.

Damit entstand das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsum. Die Arbeitslosen, die handwerksgewordenen Händler und Kleinfabrikanten können die alljährlich heranschwellenden Produktmassen nicht kaufen. Und selbst die beschäftigten Arbeiter, die ja natürlich nur einen Teil der von ihnen produzierten Werte als Lohn erhalten, können nicht die gesamten vorhandenen Waren konsumieren. Da somit 90—95 Prozent der Bevölkerung in ihrem Konsum hinter dem Wachstum der Produktion zurückbleiben, was in der Ära des Großkapitalismus viel zu bedeuten hat, so bleiben ansehnliche Warenmengen unverkäuflich. Für sie wird Absatz im Auslande gesucht. Oder aber, die neu entstehenden Kapitale, die aus dem alljährlich erzielten Mehrwert erwachsen, finden keine Möglichkeit zu profitabler Betätigung im Inlande und suchen Anlage in anderen kapitalistischen Staaten, in minder kultivierten Ländern (Perrien, Türkei) oder in Kolonien. Die Expansion, die Ausdehnung über die Staatsgrenzen hinaus wird zur Lebensbedingung des Kapitals, und die auswärtige Politik hat die Aufgabe, dieser Exp. die Wege zu bahnen. Daß der Weltkrieg aus der widereinander streitenden Expansion der Kapitalisten verschiedener Länder (speziell Deutschlands und Oesterreichs) entstanden, ist für niemand mehr etwas Neues.

Jetzt, was soll daraus werden? Steigerung der Produktivität ist weiter nötig, wie sie bisher nötig war. Denn die Menschenzahl wächst weiter; und selbst wenn sie nicht mehr wüchse, so ist doch der ökonomische Fortschritt die unerlässliche Grundlage für allen anderen Fortschritt. Insbesondere ist er die unerlässliche Vorbedingung für den Sozialismus. Denn jener Zustand der persönlichen Freiheit, den wir erleben, setzt voraus, daß für die wirtschaftlichen Bedürfnisse eines jeden in weitestem Umfange gesorgt sei. Und es geht eben nur bei höchster Entfaltung aller Produktivkräfte.

Keinen wir nochmal zu der Tatsache zurück, daß z. B. in Deutschland der Großkapitalismus erst nach 1871 einsetzen konnte. Vorher hinderte ihn die Kleinkaaterei. Man lese z. B. in der Neuen Zeit (1895/96, Bd. 1, S. 680) die anschauliche Schilderung von Friedrich Engels, wie die beengenden Grenzen innerhalb Deutschlands jede intensive kapitalistische Betätigung verhinderten. Sie mußten gesprengt werden, wenn es gelingen sollte, die Produktivkräfte zu steigern. Und so ist die ganze deutsche Geschichte in den 80 Jahren von 1789 bis 1871 ein Ringen und Arbeiten in der Richtung auf das eine Ziel hin: Wegräumung der inneren Kleinkaatereignisse, Zusammenstoß des ganzen Deutschlands zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet. Die schweren Erschütterungen, denen das deutsche Volk in immer wiederkehrenden Kriegen, Revolutionen, leidenschaftlichen Parteikämpfen ausgesetzt war, hätten nicht eher auf, als bis dieses Ziel wenigstens annähernd im Jahre 1871 erreicht war. Erst dann waren die Bedingungen geschaffen, unter denen man sich wieder ungestört der Hauptaufgabe widmen konnte: der Steigerung der Produktivkräfte.

Seitdem hat Deutschland 45 kriegsfreie Jahre erlebt und sie sind zu einer geradezu kolossalen Steigerung der Produktivkräfte ausgenutzt worden. In den Kartellen, Syndikaten, Konzernen hat das Kapital immer gewaltigere Arbeitermassen zu mehr oder minder fester Gemeinschaftsarbeit zusammengestellt. (Konnanbierte doch z. B. der Stahlwerksverband im Jahre 1910 in 28 Werken mehr als 400 000 Arbeiter und Angestellte.) Die Folgen haben wir bereits besprochen.

Was für Schlüsse ergeben sich daraus für die Gegenwart?

Soll die Produktivkraft noch weiter gesteigert werden, so ist offenbar eine neue Ausdehnung der vorhandenen Wirtschaftsgebiete erforderlich. Wie vor 50 bis 60 Jahren die Landesgrenzen innerhalb Deutschlands, so sind es heute die Grenzen der großen Reiche, die einer weiteren planmäßigen Zusammenfassung der Massen zu gemeinsamer Tätigkeit im Wege stehen. Wie früher die deutschen Kleinstaaten, so müssen heute die vorhandenen Großstaaten zu gemeinsamen Wirtschaftsgebieten zusammengeschlossen werden. Und als Ziel und Mittelpunkt der gegenwärtigen Geschichtsbewegung ergibt sich die wirtschaftliche Vereinigung



Für ihre Unterbringung soll eine gute Organisation geschaffen und verschärfert werden, daß sie als Lohnarbeiter benutzt werden. Dagegen sollen Arbeiter und Unternehmer zusammenwirken. Genügende Vorsorge ist auch zu treffen für die Unterbringung der nach Beendigung des Krieges heimkehrenden Arbeiter, damit sie nicht den Schützengräben mit dem Straßengraben vertauschen müssen. Darum auch muß noch während des Krieges die Fortführung und der Ausbau der Arbeiterfürsorgeeinrichtungen begonnen werden. Die von Unternehmern dagegen erhobenen bekannten Einwände von Konkurrenzunfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt usw. wies er zurück. Dabei stellte er fest, daß 65 Prozent sämtlicher deutscher Arbeiter für den Export nicht in Frage kommen und von den anderen 35 Prozent auch nur ein geringer Teil für den Export arbeitet. Schließlich forderte er die für die Gewerkschaften notwendigen Rechte. Diese Ausführungen wurden erweitert und ergänzt durch Genossen Brandes, der namentlich auf die Haltung der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber erwies und auf die Stellungnahme der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ gegen die Heranziehung von Arbeitern zur Übertragung über die Neuorganisation des Arbeitsnachweises. Der Burgfrieden soll wohl nur die Arbeiter verpflichten und nicht auch die Unternehmer. Den vielberufenen höheren Löhnen steht die Verteuerung der Lebenshaltung um 70 Prozent gegenüber. Die Ausnahmegesetzgebungen gegen Sozialdemokraten bestehen in Staatsbetrieben noch fort. Es muß aber die Befreiung aller Hindernisse der Koalition der Arbeiter gefordert werden. Genosse Stadthagen verlangte den Erlaß einer besonderen Bundesratsverordnung zur Sicherung der Wohnungen für die Kriegserwehnen.

(Schluß folgt.)

## Aus der Haushaltskommission des Reichstages. Kritik an der Zensur.

Die Haushaltskommission des Reichstages beschäftigte sich in ihrer am 10. Januar abgehaltenen ersten Sitzung im neuen Jahre mit der Zensur, speziell der Zeitungszensur, an der sämtliche Redner von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten einmütig scharfe Kritik übten. Die Grundlage der Verhandlungen bildeten formell zwei Anträge der Sozialdemokraten und der Nationalliberalen. Erstere beantragten, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wieder hergestellt wird. Die Nationalliberalen beantragten, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß 1. unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmegesetzgebungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken; 2. daß beim Kriegs-Pressamt und bei allen Generalkommandos Pressabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden; damit die Härten der Zensur beseitigt oder gemildert werden; 3. daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß.

Den sozialdemokratischen Antrag begründete Genosse Wittmann, der den heutigen Zustand als ungesehlich bezeichnete, da er mit der Verfassung in Widerspruch steht. Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes sind nicht gegeben; mit Ausnahme von einem Teil der Reichsländer ist kein deutsches Gebiet vom Feinde bedroht. Redner stützte seine Auffassung auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes von 1851. Das öffentliche Leben ist zurzeit in Deutschland völlig unterdrückt. Die kommandierenden Generale üben nicht bloß eine völlige, sondern direkt eine gesehliche Tätigkeit aus. Damit werden die Parlamente geradweg ausgeschaltet. Zum Schutze militärischer Dinge genüge völlig das Spionagegesetz. — Wie steht es mit der Verantwortlichkeit der Generale? Die Zensur arbeitet nicht nur langsam, sie unterdrückt auch die freie Meinungsäußerung. Die Zensur freibt Artikel völlig harnislosen Inhalts. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse im Korpsbezirk Münster. Was man hört der „Rhein-Westfäl. Zeitung“ zu besprechen gestattet, wird der oppositionellen Presse zu erderten verboten. Bürgerliche Organe, die für die Friedenspropaganda wirken, wurden verboten, weil ihr Bestreben angeblich an Landesverrat grenze. Das Versammlungsrecht ist so gut wie beseitigt; man gestattet nicht einmal, Kritik an den Regierungsmassnahmen in der Ernährungsfrage zu üben. Redner trägt eine ganze Reihe recht drastischer Beweise vor. Jede freie Regierung der Arbeiterschaft wird unterdrückt; selbst die Feststellung, daß in einem Betriebe Differenzen ausgebrochen sind, durfte nicht veröffentlicht werden. Im Bezirk Münster hat man sogar Werkstattdiskussionen verboten. Man hat auch versucht, die Parlaments-Oeffentlichkeit zu unterbinden. Redner erörtert dann eingehend den Loeblschschen Presse-Erlaß. Die sozialdemokratische Presse steht direkt unter einem Ausnahmegericht. Der Belagerungszustand dient aber auch dazu, oppositionell gefinnte Personen in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken. Wer, nach wie vor, von seinem Staatsbürgerrecht Gebrauch machen will, riskiert, in militärische Schutzhaft genommen zu werden. Diese Zustände sind geradezu unparierbar.

Ministerialdirektor Lemald erklärte den Belagerungszustand mit der Zensur als verfassungswidrig.

gesesamäßig. Durch die Schaffung des Kriegs-Pressamtes ist für die Presse eine wesentliche Erleichterung eingetreten, aber die Zensur ist nötig. Demgegenüber erklärte der Fortschrittler Fischbeck, daß seit der Errichtung jenes Pressamtes der Zustand im Gegenteil verschlechtert worden ist. Die Zensur unterdrückt Dinge, die lediglich den Unternehmern un bequem sind. Ein erheblicher Teil der Schuld liegt in der Person der Zensoren; in Berlin hat man die Zensur einer sehr ungeeigneten Person übertragen. Die Presse wird in unwürdiger Weise behandelt und beschränkt. Der Redner wandte sich ebenfalls wie Wittmann gegen den Loeblschschen Presseerlaß, den er als den schlimmsten Bruch des Burgfriedens bezeichnete.

— Intraatssekretär Zimmermann machte vertrauliche Mitteilungen zum Beweise dafür, daß die Erörterung der Kriegsziele noch nicht freigegeben werden kann. Ein Vertreter des preussischen Ministers des Innern verteidigte pflichtschuldig den Loeblschschen Presseerlaß, der angeblich ganz harmlos ist.

Graf Westarp und Koelke, Stresemann und Gerkenberger und schließlich noch unser Genosse Stadthagen setzten die Kritik an der Zensur fort, die sich in der Hauptsache nur auf militärische Angelegenheiten beschränken und im übrigen der Presse die Freiheit lassen sollte, die sie auch verdient. Stresemann fragte: Soll die Kompromittierung der öffentlichen Meinung durch den Loeblschschen Presseerlaß vielleicht der Beginn der Neuorientierung sein? Die Unterstellung der innern Politik unter die Zensur ist ganz unparierbar, wie überhaupt mit der Einschränkung der Pressefreiheit Deutschland der schlechteste Dienst geleistet wird. In England wird an der Regierung die schärfste Kritik geübt und gerade darin zeigt sich die Stärke dieses Landes. Soll etwa auch über die kommenden neuen Steuern nicht geredet und geschrieben werden dürfen? Unter allen Umständen aber muß die endliche Freigabe der Besprechung der Kriegsziele gefordert werden.

Stadthagen meinte, das ganze System, das wir heute haben, ist geschwirrt. Für die Zensur sind nicht militärische, sondern politische Interessen maßgebend. Man schreibt der Presse die Haltung vor, die sie einzunehmen hat, und gleichzeitig verbietet man der Presse, kennlich zu machen, daß es sich um ein Eingreifen der Zensur handelt. Die Zensur geht sogar so weit, daß sie selbst die Titel von Büchern streicht, die im literarischen Teil der Zeitungen angeknüpft werden. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß im Ausland kein Mensch daran glaubt, daß das deutsche Volk in allen Punkten einig ist. Die rechtsstehende Presse hat mehr Bewegungsfreiheit; Versehen, die dort vorkommen, deckt man einfach mit dem Mantel der Liebe zu. Nach dem Gesetz darf nur eingeschritten werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Dieses letztere Kriterium ist aber in den aller seltensten Fällen gegeben. Der Loeblschsche Erlaß war ein Mißbrauch der Untergewalt. Redner erläuterte dann an der Hand von Korrekturbogen des „Vorwärts“ das Wirken der Zensur. Stürmische Heiterkeit und allgemeine Zustimmung bewiesen, wie die Budgetkommission über diese Tätigkeit der Zensur denkt. Redner hob hervor, daß man auf diese Weise Mißstimmung in die weitesten Kreise trägt. Dem „Vorwärts“ wird gefürchtet, was andere Zeitungen bringen dürfen. Diese Behandlung ist in der Tat unerhörte. Die nationalliberalen Anträge beseitigen das Uebel nicht. Man muß die völlige Befreiung der Zensur fordern. Sie kann beseitigt werden, denn man hat die Strafgesetze zur Verfügung, die als vollkommen ausreichend bezeichnet werden müssen. Die Unterbindung der freien Meinungsäußerung ist ein Beweis von Schwäche. Klarheit wird nur geschaffen, wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen wird und auch der Zusatz, der von den Sozialdemokraten zum nationalliberalen Antrag gestellt wurde, der lautet: Das Verbot einer Zeitung darf nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen. Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann hat der Reichskanzler die Verantwortung für Zeitungsverbote zu tragen.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger forderte für die kommenden Auseinandersetzungen über die neuen Steuern von der Regierung die bestimmte Zusage, daß die Zensur aufgehoben werde, denn es geht auf keinen Fall an, daß man neue Steuern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit beschließt. Als etwas neues wird von einem preussischen Regierungsvorsteher erklärt, daß der Loeblschsche Erlaß nur als Kriegsmaßnahme gedacht ist, die der Aufklärung dienen sollte. Durch die neue Korrespondenz will der Minister nur offen mit dem Volke reden. Am Belagerungszustand, an der Zensur, an der Militärdiktatur übte Genosse Heine scharfe Kritik. Welchen Sinn hat die Internierung „feindlicher Ausländer“ die in Deutschland geboren und nie aus Deutschland hinausgekommen sind? Redner führt Beispiele dafür an, wie man durch solche Maßnahmen deutsche Staatsbürger schädigt. Die Polizei benötigt auch den Belagerungszustand dazu, die persönliche Freiheit zu beschränken. So hat es der Berliner Polizeipräsident jetzt erreicht, daß auch geschlossene Versammlungen und Gesellschaften unter die Polizeistunde gestellt wurden. Rechtswidrige Polizeivorkehrungen werden einfach in die Form von Anordnungen des Oberkommandos geteilt. Das Vereinsrecht hat man völlig beseitigt; sozialdemokratischen Vereinen verbietet man sogar das Eintreffen der Beiträge. Das steht direkt im Gegensatz zum Burgfrieden, zu dem Worte: „Ich kenne keine Parteien mehr“. Dieses Vorgehen ist geradezu unverantwortlich. Die Pressezensur hat eine Dummheit auf die andere geknüpft. Welcher vernünftige Mensch ist denn bereit, sich zum Zensur herzugeben? Den geistig Tätigen verweigert man die Arbeit durch die Prozedur der Zensoren. Es handelt sich nicht immer nur um Unfähigkeit, vielfach

direkt um Falschheit und Bosheit. Meinem Auftrag muß ein Ende gemacht werden. Ein Beitrag von Sachverständigen für die Zensur ist nicht viel. Redner kritisierte dann mit feiner Ironie den Loeblschschen Erlaß, der lediglich auf eine Beeinflussung der Presse zugeschnitten ist. Die Art, wie für diese Korrespondenz Propaganda gemacht wurde, ist glatter Mißbrauch der Untergewalt. Die Zensur hat sogar Itate aus Goethe als staatsgefährlich gestrichen. Selbst vor Parlamentsreden macht die Zensur nicht halt; sie verbietet deren Verbreitung. Das ist ein direkter Angriff auf die Würde des Parlaments. Das Organ des Verbandes der Landarbeiter wird in der Wahrnehmung der Interessen der Landarbeiter ganz besonders behindert. Die Presse der Unternehmer genießt die größte Freiheit; die Abwehr der Angriffe, die von dort gegen die Arbeiter erhoben werden, wird unterdrückt. Bei Erörterung von Kriegszielen und Friedensbedingungen verfährt die Zensur keineswegs unparierbar. Den Annetionspolitikern gewährt man ziemliche Freiheit, die Auslassungen des Bundes „Neues Vaterland“ dagegen, rein wissenschaftliche Arbeiten, werden verboten. Darin liegt ein System, das nicht scharf genug bekämpft werden kann.

In der fortgesetzten Beratung des Themas Zensur und Belagerungszustand wünschte der Nationalliberal Stresemann freie öffentliche Diskussion über die Steuererlässe. Er verteidigte sodann die bekannte und vielsprechende Eingabe der sechs Wirtschaftsvverbände an den Reichskanzler, die nach rein wissenschaftlichen Grundfragen aufgestellt sei. Genosse Heine verlangte die Aufhebung der Zensur auch aus dem Grunde, den Annetionspolitikern zu ermöglichen, zu sagen, wie ihre Ziele verwirklicht werden können, die nicht ernst zu nehmen sind. Um übrigen konstatierte er, daß von der rechten Seite versucht wird, dem Reichskanzler Schwierigkeiten zu machen, wenigstens für eine spätere Zeit. Graf Westarp bestritt diese Auffassung, gab aber sachliche Bedenken gegen die Politik des Reichskanzlers zu. Koelke freute sich über die Eingabe der sechs Wirtschaftsvverbände und Mü um wünschte die allmähliche Freigabe der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele. Interessanterweise trat auch der christlich-soziale Giesberts für die wirtschaftlichen Forderungen der sechs Verbände ein und daneben beschränkte sich über die Zensur, die nicht einmal der Zentrumspresse die Veröffentlichung der Eingabe der christlichen Arbeiter um Erziehung von Arbeitsnachweisen gestattete, während die sozialdemokratische Presse sie veröffentlichte durfte. Ministerialdirektor Lemald stellte fest, daß sich bis jetzt die Zensur in die Betrachtungen über die Steuerfragen nicht eingemischt hat und sie wird es auch nicht tun, solange Beschäftigung vermieden wird. Gemwisse Auswüchse der Kritik müssen beschnitten werden. Demgegenüber führte Genosse Stadthagen aus, daß in Berlin die Zensur Steuererörterungen direkt verboten hat. Nur rein theoretische Betrachtungen sind gestattet, eine kritische Besprechung aber ist unmöglich. Gerade darauf kommt es jedoch an. Eine Reform der Zensur ist denkbar, sie muß in ihrem ganzen Umfang beseitigt werden. Die schließliche Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen und Anträge ergab folgendes Resultat:

Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wieder hergestellt wird.

Angenommen wurde dagegen die Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen:

1. daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmegesetzgebungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken;
2. daß beim Kriegspressamt und bei allen Generalkommandos Pressabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden, damit die Härten der Zensur beseitigt oder gemildert werden;
3. daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß.

Angenommen wurde auch der zu dieser Resolution gestellte Zusatz der Sozialdemokraten: „Das Verbot eines Zeitung darf nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen“.

Angenommen wurde ferner folgende Resolution der Fortschrittler, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls Fragen der inneren Politik und der Handelspolitik der Presse nicht unterworfen werden. Bei der Beratung der Petitionen forderten die Abg. Hoch und Ledebour größte Gewissenhaftigkeit bei der Ausübung der jungen Jahrgänge. Die Vertreter des Kriegsministeriums gaben Auskunft über die getroffenen Maßnahmen.

## Streits und Aussperrungen in Deutschland u. England während der Kriegszeit.

Das „Reichs-Arbeitsblatt“ bietet in seinem Dezemberheft eine vergleichende Darstellung der Streits und Aussperrungen in Deutschland und England für die Zeit vom September 1914 bis August 1915, die folgendes Bild bietet:

